Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

11.07.2015 Nr. 80

Inhalt:

Besuch bei der Feuerwehr am Untenende S. 01
Attraktive Gestaltung des Rieke-&-Meyer-Geländes S. 02
Interessenkonflikt bei CDU-Ratsmitgliedern S. 02
Machterhaltung der CDU im Stadtrat gescheitert S. 02
Zusammenarbeit mit enttäuschten CDU-Ratsherren S. 04
SPD besorgt über die Sicherheit von Radfahrern S. 04

Juli 2005

Besuch bei der Feuerwehr am Untenende

Stadtjugendfeuerwehrwart Peter Rinneberg, stellvertretender Ortsbrandmeister vom Obenende Hermann Strohschnieder, Stadtbrandmeister Josef Pieper, Ortsbrandmeister vom Untenende Heinz Dickebohm, SPD-Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel, SPD-Ratsfrau Barbara Gruner, SPD-Mitglied Bernhard Bloem, SPD-Mitglied Roland Seemann, SPD-Mitglied Peter Behrens, SPD-Ratsherr Peter Raske, GRÜNEN-Ratsherr Gottfried Sandmann, Ortsbrandmeister vom Obenende Udo Pooth (von links nach rechts)

Aus Anlass des Brandes bei BIRO besuchte die Fraktion die Feuerwehr am Untenende, um sich über die Sicherheit bei der Brandbekämpfung in Papenburg zu informieren.

Die Ortsfeuerwehr Papenburg Untenende hatte 54 aktive Mitglieder und eine Jugendfeuerwehr mit 17 Mitgliedern. Neben der Meyer-Werft gehörten auch andere Industrie- und Gewerbebetriebe sowie große Hafengebiete zum Einsatzgebiet. Mit dem Gefahrgutgerätewagen wurden Einsätze im gesamten nördlichen Emsland übernommen. Im Jahre 2004 war die Feuerwehr am Untenende 3.844 Stunden im Einsatz

Bei dem Brand bei BIRO entstand an der Pumpe des Tanklöschwagens ein erheblicher Schaden. Beunruhigt waren die Ratsmitglieder dadurch, dass dieser Wasserträger, der 5000 Liter Wasser fasste, zukünftig nicht mehr zur Verfügung stünde, um eine Erstbrandbekämpfung vorzunehmen bis eine Wasserleitung gelegt werden könnte. Die Pumpe konnte nur provisorisch repariert werden und damit wäre eine Gewährleistung der Einsatzbereitschaft zukünftig nicht mehr gegeben. Eine Ersatzbeschaffung des 30 Jahre alten Tanklöschfahrzeuges wäre dringend erforderlich.

Den Ratsmitgliedern wurde auch das 26 Jahre alte Löschfahrzeug, LF8 gezeigt, dass am Obendende stationiert war. Wegen fortgeschrittener Mängel und weil das Fahrzeug nicht nach dem heutigen Stand der Technik mit einem Wassertank ausgerüstet war, wäre hier die Notwendigkeit einer Ersatzbeschaffung genauso gegeben.

Beim Landkreis Emsland wurden von der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2006 Zuschussanträge gestellt. Weil von der Bestellung entsprechender Fahrzeuge bis zur Lieferung mehr als ein Jahr vergehe, wäre es notwendig, darauf hin zu wirken, eine vorgezogene Baugenehmigung zu erhalten, damit nicht erst mit der Bestellung gewartet werden müsste bis der Haushalt verabschiedet worden ist.

Attraktive Gestaltung des Rieke-&-Meyer-Geländes

Wegen des drohenden Scheiterns des Bauprojektes Rieke & Meyer in Kooperation mit Bunte setzte die Fraktion auf Geduld bei der Bebauung des Geländes. Im Vordergrund der Entscheidungen müsste die Stärkung des Einkaufsstandortes Papenburg stehen. Man dürfte sich jetzt nicht unter Druck setzen für die Umsetzung eines Projektes, das von niemandem geliebt wurde. Außerdem wäre das Vertrauen in den Kooperationspartner Bunte durch die letzten Aktivitäten grundlegend erschüttert.

Wenn es jetzt nicht gelänge, mit der Firma Bunte ein attraktives von allen Bürgern akzeptiertes Konzept für die Bebauung des Rieke&Meyer-Geländes umzusetzen, dann sollte sich die Stadt Zeit nehmen für die Suche nach einem anderen Investor mit einem besseren Konzept. Schließlich würde man hier einen Gebäudekomplex schaffen, der für die nächsten 100 Jahre Bestand haben sollte, meinte SPD-Stadtrat Peter Raske. Glücklicherweise waren die Zuschüsse des Landes und des Landkreises für die Neugestaltung des Geländes am Turm-Kanal nicht an die Investitionen auf dem Rieke&Meyer-Gelände gebunden. Die Maßnahmen der touristischen Infrastruktur am Turmkanal im Bereich des Zeitspeichers könnten nun umgesetzt werden.

Selbst auf die Gefahr hin, dass wegen der nicht vorhandenen Mittel aus dem Verkauf der Rieke&Meyer-Flächen zur Gegenfinanzierung die Verschuldung der Stadt weiter ansteigen würde, sprach sich die Fraktion dafür aus, mit der Bebauung des Geländes abzuwarten. Schließlich ließe sich das Gelände in der Zwischenzeit für Events wie Verkaufsschauen der heimischen Gärtner oder ein besonderes Hafenfest bzw. andere Freiluftveranstaltungen und Märkte nutzen.

Interessenkonflikte bei CDU-Ratsmitgliedern

Nach den jüngsten Vorgängen bei der Tätigkeit von Burkhard Remmers für die Firma Bunte wurde erneut die Unglaubwürdigkeit der CDU-Ratspolitik sichtbar. Intrigen zwischen den Verfechtern unterschiedlicher Interessen im CDU-Stadtrat zerstörten und verhinderten notwendige Entscheidungen für das Wohl der Stadt. Die SPD-Fraktion forderte die CDU auf, die unterschiedlichen Interessen einiger ihrer Ratsherren nicht länger zu verschleiern sondern endlich offen zu legen. Nur so könnte weiterer Schaden für die Stadt abgewendet werden.

Erst auf Anfrage der SPD-Fraktion hatte Burkhard Remmers durch seine Selbstanfrage bei der Kommunalaufsicht eingeräumt, dass er bei der Firma Bunte in Zusammenhang mit dem Rieke-&-Meyer-Projekt juristisch beratend tätig war, wodurch erst erkennbar wurde, dass er als Ratsherr gleichzeitig die Interessen der Investorengruppe um die Firma Bunte vertrat.

Forderungen der SPD-Fraktion diese und weitere Interessenverknüpfungen anderer CDU-Ratsmitglieder endlich offen zu legen, lehnte der Fraktionsvorsitzende Hanekamp bisher ab. Hartmut Bugiel forderte ihn auf, diese Interessenskonflikte in seiner Fraktion offen zu legen bevor es andere tun.

Die Fraktion fragte sich, ob zum Beispiel Herrmann Nehe noch objektiv bei den Entscheidungen mitwirken könnte, wenn als Konkurrent für sein Geschäft die Ansiedlung eines Media-Marktes von der Firma Bunte ins Spiel gebracht wurde.

Nach Auffassung der SPD könnten nur mit einer schonungslosen Offenlegung möglicher Interessenkonflikte und dem Verzicht Betroffener auf Mitberatung und Abstimmung um das Gelände Rieke-&-Meyer Entscheidungen zum Wohle der Stadt getroffen werden. Nur so könnte den Bürgern das Vertrauen in die Kommunalpolitik zurückgegeben werden.

Machterhaltung der CDU im Stadtrat gescheitert

Der Verlust der Mehrheit der CDU-Fraktion im Stadtrat war die konsequente Folge von jahrelangen parteiinternen Intrigen, die sich nunmehr auch unter Gerd Hanekamp erwartungsgemäß nicht länger unter der Decke halten ließen.

Der Schaden, der durch die Verhaltensweise von Burkhard Remmers und seinen Mitstreitern angerichtet wurde, stellte einen erneuten Beweis dar für die einseitige Ausrichtung der politischen Arbeit der CDU zugunsten wirtschaftlicher Eigeninteressen. Die SPD hatte gerade in den letzten Tagen auf die damit verbundene Handlungsunfähigkeit der CDU hingewiesen und sah sich in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Der Ausschluss von CDU-Ratsmitgliedern bei der weiteren Behandlung in der CDU-Fraktion zum Themas Rieke&Meyer wurde deshalb begrüßt. Damit hatte die CDU aber noch nicht ihre Probleme gelöst. „Wenn auch noch die anderen Interessengruppen gehen müssen, bleibt von der CDU-Fraktion nicht mehr viel übrig;“ so Peter Raske

„Alle Verantwortlichen im Rat müssten jetzt ihren Beitrag leisten, damit aus dem Handlungsverlust der CDU nicht eine Entscheidungslähmung insgesamt entstehe,“ forderte Wilhelm Kröger.

„Wir haben jetzt die Chance, gemeinsam die anstehenden Weichenstellungen für unsere Stadt ohne die bisherigen Hemmnisse einer abgewirtschafteten CDU-Machterhaltungsfraktion zu gestalten;“ so Hartmut Bugiel in einer ersten Reaktion.

Angesichts der aktuellen Entwicklung forderte die SPD eine Sondersitzung des Rates.

„Konsequente Folge jahrelanger Intrigen“

SPD und Grüne kritisieren Kollaps der CDU-Fraktion und fordern eine Sondersitzung des Rates

Papenburg Die Fraktion aus SPD und Grünen im Papenburger Stadtrat hat die Querelen innerhalb der CDU scharf kritisiert. Angesichts der aktuellen Entwicklung fordert sie außerdem eine Sondersitzung des Rates.

Der Verlust der Unionsmehrheit durch den Ausschluss von sechs ihrer Mitglieder sei die „konsequente Folge von jahrelangen parteiinternen Intrigen“, die sich auch unter dem neuen Fraktionschef Gerd Hanekamp „erwartungsgemäß nicht länger unter der Decke halten ließen“, heißt es in einer von SPD und Grünen gemeinsam verfassten Presseerklärung.

Der Schaden, der durch die Verhaltensweise von CDU-Ratsherr Burkhard Remmers und seinen Mitstreitern angerichtet werde, sei überhaupt noch nicht abzusehen, stelle aber zugleich einen erneuten Beweis dar für einseitige Ausrichtung politischer Arbeit zu Gunsten wirtschaftlicher Eigeninteressen. Die SPD habe gerade in den vergangenen Tagen auf die damit verbundene Handlungsunfähigkeit der CDU hingewiesen und sieht sich in ihren „schlimmsten Befürchtungen“ bestätigt. Insoweit sei der Ausschluss der sechs „für die weitere Behandlung des Themas Rieke & Meyer“ zu begrüßen.

Für den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Raske hat die Union damit aber noch nicht ihre Probleme gelöst. „Wenn auch noch die anderen Interessengruppen gehen müssen, bleibt von der CDU-Fraktion nicht mehr viel übrig“, sagte Raske. Dessen Fraktionskollege Wilhelm Kröger forderte indes, dass „alle Verantwortlichen im Rat jetzt ihren Beitrag leisten, damit aus der Handlungsunfähigkeit der CDU nicht eine Entscheidungslähmung insgesamt entstehe. SPD-Fraktionschef wittert die Chance, „gemeinsam die anstehenden Weichenstellungen für unsere Stadt ohne die bisherigen Hemmnisse einer abgewirtschafteten CDU-Machterhaltungsfraktion zu gestalten“.

Ems-Zeitung 25.07.2005

SPD/Grüne: „Fraktionsausschluss löst die Probleme der CDU nicht“

KOMMUNALPOLITIK Eine Sondersitzung des Papenburger Stadtrates wird gefordert

Sechs Christdemokraten wurden von der eigenen Fraktion ausgebootet. Die rot-grüne Gruppe spricht bereits vom Machtverlust der Konservativen im Rathaus.

VON GÜNTER RADTKE

PAPENBURG - Die Papenburger Stadtratsfraktion von SPD/Grüne verlangt nach dem Ausschluss von sechs Mitgliedern aus der CDU-Mehrheitsfraktion eine Sondersitzung des Stadtrates. Die CDU habe durch den Rauswurf ihrer eigenen Leute (der GA berichtete) ihre Hausmacht eingebüßt. Es gebe deshalb im Rat einiges zu regeln.

Der Rauswurf der Christdemokraten, die einen Beschluss ihrer Fraktion zur Stadtbaupolitik nicht mittragen wollten, hat zumindest rein rechnerisch für die CDU zum Verlust der Mehrheit im Stadtrat geführt. Die CDU verfügt über 23 Sitze, SPD/Grüne über neun und die FDP über sechs Sitze. Sollten die sechs von ihrer Fraktion ausgeschlossenen Christdemokraten künftig nicht mehr mit der CDU stimmen, hätte die ihre Mehrheit im Rat verloren.

Dieser Machtverlust sei die konsequente Folge von jahrelangen parteiinternen Intrigen, die sich nun auch unter CDU-Fraktions-Chef Gerd Hanekamp erwartungsgemäß nicht länger unter der Decke halten ließen, schreibt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Raske.

„... dann bleibt von der CDU-Fraktion nicht mehr viel übrig“

PETER RASKE

Der Schaden, der durch die Verhaltensweise von CDU-Ratsherr Dr. Burkhard Remmers und dessen Mitstreiter Carsten Schüler, Annette Albers, Heiner Hanneken, Bernhard Haskamp und Sascha Kleinhaus angerichtet werde, sei überhaupt noch nicht abzusehen. Er sei laut Raske aber auch ein erneuter Beweis für die einseitige Ausrichtung politischer Arbeit zugunsten wirtschaftlicher Eigeninteressen in Papenburg.

Die SPD habe gerade in den letzten Tagen auf die damit verbundene Handlungsunfähigkeit der CDU hingewiesen und sehe sich nun in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Insoweit sei der Fraktions-Ausschluss für die weitere Behandlung der umstrittenen Pläne für die Bebauung auf dem ehemaligen Gelände von Rieke & Meyer zu begrüßen.

Für Peter Raske hat die CDU damit aber noch nicht ihre Probleme gelöst. „Wenn auch noch die anderen Interessengruppen gehen müssen, bleibt von der CDU-Fraktion nicht mehr viel übrig“, unkt der Sozialdemokrat.

„Wir haben jetzt die Chance, gemeinsam die anstehenden Weichenstellungen für unsere Stadt ohne die bisherigen Hemmnisse einer abgewirtschafteten CDU-Machterhaltungsfraktion zu gestalten,“ argumentiert SPD-Fraktions-Chef Hartmut Bugiel.

General Anzeiger 26.07.2005

„Dann bleibt von der CDU nicht mehr viel“

Die Papenburger rot-grüne Fraktion begrüßt den internen Ausschluss von sechs CDU-Ratsmitgliedern.

Von Günter Radtke

PAPENBURG. Die Papenburger Stadtratsfraktion von SPD/Grüne verlangt nach dem Ausschluss von sechs Mitgliedern aus der CDU-Mehrheitsfraktion eine Sondersitzung des Stadtrates. Der Rauswurf der Christdemokraten, die einen Beschluss ihrer Fraktion zur Stadtbaupolitik nicht mittragen wollten, hat zumindest rechnerisch für die CDU zum Verlust der Mehrheit im Rat geführt. Die CDU verfügt über 23 Sitze, SPD/Grüne über neun und die FDP über sechs Sitze. Sollten die sechs von ihrer Fraktion ausgeschlossenen Christdemokraten künftig nicht mehr mit der CDU stimmen, hätte die ihre Mehrheit verloren. Dieser Machtverlust sei die konsequente Folge von jahrelangen parteiinternen Intrigen, die sich nun auch unter CDU-Fraktions-Chef Gerd Hanekamp erwartungsgemäß nicht länger unter der Decke halten ließen, schreibt der SPD-Fraktions-Vize Peter Raske. Der Schaden, der durch die Verhaltensweise von CDU-Ratsherr Dr. Burkhard Remmers und dessen Mitstreiter Carsten Schüler, Annette Albers, Heiner Hanneken, Bernhard Haskamp und Sascha Kleinhaus angerichtet werde, sei überhaupt noch nicht abzusehen.

Er sei laut Raske aber auch ein erneuter Beweis für die einseitige Ausrichtung politischer Arbeit zugunsten wirtschaftlicher Eigeninteressen in Papenburg.

Insoweit sei der Fraktions-Ausschluss für die weitere Behandlung der umstrittenen Pläne für die Bebauung auf dem Gelände von Rieke & Meyer zu begrüßen. Für Raske hat die CDU damit aber noch nicht ihre Probleme gelöst. „Wenn auch noch die anderen Interessengruppen gehen müssen, bleibt von der CDU-Fraktion nicht mehr viel übrig“, meint er. „Wir haben jetzt die Chance, gemeinsam die anstehenden Weichenstellungen für unsere Stadt ohne die bisherigen Hemmnisse einer abgewirtschafteten CDU-Machterhaltungsfraktion zu gestalten,“ argumentiert SPD-Fraktions-Chef Hartmut Bugiel.

Der Wecker 27.07.2005

August 2005

Zusammenarbeit mit enttäuschten CDU-Ratsherren?

Seit langem kritisierte die Fraktion die unverantwortliche Selbstbedienungspolitik einiger CDU-Ratsherren. Im Interesse der Stadt Papenburg und wegen der Glaubwürdigkeit von Politik bot die SPD-Fraktion allen enttäuschten CDU-Ratsherren die Zusammenarbeit an, damit das Gemeinwohl aller Bürger in Papenburg wieder zum Zuge kommt.

Die Reihe der Vorwürfe gegenüber einzelnen CDU-Fraktionsmitgliedern, sich Vorteile mit ihrem Amt zu verschaffen, reichte weit in die Vergangenheit zurück. So machte die SPD zum Beispiel aufmerksam auf die Abholzaktion eines CDU-Ratsherren und forderte seinen Rücktritt. Im Jahr 2000 legte die SPD dar, welche persönliche Interessen bei Entscheidungen zum Papenburger Krankenhaus im Spiel waren. Teure Fehlentscheidungen konnten damals gerade noch verhindert werden. Die SPD verfolgte kritisch die Vorgänge bei der Umgehung der Vorschriften für die Bebauung, zum Beispiel bei der Veränderung der Vorschriften für die Dachgestaltung zum Erhalt des Fehncharakters. Die Vorgänge um die Entscheidungen für das Gelände am Turmkanal setzten dem ganzen aber die Krone auf.

Es müsste jetzt endlich Schluss damit sein, dass durch falsch verstandene Solidarität versucht wird, wichtige Vorgänge nicht an die Öffentlichkeit geraten zu lassen. Die SPD-Fraktion fragte sich, warum sich so viele CDU-Fraktionsmitglieder für die persönlichen Interessen einiger weniger einspannen lassen? Die gewählten Kommunalpolitiker wären ihrem Gewissen und nicht ihrer Partei oder einzelnen Parteimitgliedern verpflichtet.

SPD besorgt über die Sicherheit von Radfahrern

Der Fahrradtourismus nahm immer mehr zu. Das Fahrrad war für die Bürger ein stark genutztes Verkehrsmittel. Deshalb war es notwendig, das Fahrradwege-netz verkehrssicher und attraktiv zu gestalten.

Die SPD-Fraktion in Papenburg bemängelte, dass in vielen Bereichen die Breiten der Radwege sowie die kombinierten Fuß- und Radwege nicht ausreichend waren, so dass bei Gegenverkehr mit anderen Fahrradfahrern oder Fußgängern äußerst gefährliche Situationen entstanden.

Ein gravierendes Beispiel für mangelnde Verkehrssicherheit eines Radweges war die Unterquerung der Rheiderlandstraße durch den Deverweg. Die SPD-Fraktion erneuerte ihre Forderung nach einer Untertunnelung der Rheiderlandstraße für Fußgänger und Fahrradfahrer.

Durch hohes Verkehrsaufkommen wurden die Besucher des Freibades durch die schmale, schadhafte Straße stark gefährdet. Wenn auch noch Busse und LKWs die Straße befuhren, blieb für Radfahrer kaum noch Platz zum Ausweichen.

Häufig benutzten Radfahrer die Straße und nicht den Radweg, weil die Radwege wie zum Beispiel im Ortsteil Herbrum in einem schlechten Zustand waren. Sie hatten Schlaglöcher oder wiesen gefährliche Querrinnen auf. Vielfach ragten auch Bäume zu tief in Fahrradwege, so dass Verletzungsgefahr bestand. Deshalb forderte die SPD die Stadt auf, zu überprüfen, welche Radwege reparaturbedürftig wären, und bei Gefährdung Abhilfe zu schaffen.

SPD will bei der CDU abwerben

Die Sozialdemokraten bieten enttäuschten Konservativen die Zusammenarbeit im Papenburger Stadtrat an.

PAPENBURG /RA - Die Papenburger SPD-Stadtratsfraktion kritisiert erneut die ihrer Ansicht nach „unverantwortliche Selbstbedienungspolitik einiger CDU-Ratsherren". SPD-Sprecher Peter Raske schreibt in einer Pressemitteilung: „Im Interesse der Stadt Papenburg und wegen der Glaubwürdigkeit von Politik bietet die SPD-Fraktion allen enttäuschten CDU-Ratsherren die Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion an, damit das Gemeinwohl aller Bürger in Papenburg wieder zum Zuge kommt."

Die Reihe der Vorwürfe gegenüber einzelnen CDU-Fraktionsmitgliedern, sich Vorteile mit ihrem Amt zu verschaffen, reiche weit in die Vergangenheit zurück. Teure Fehlentscheidungen hätten bisher immer noch gerade verhindert werden können. Die jetzigen Vorgänge um die Entscheidungen für eine Bebauung des Geländes am Papenburger Turmkanal setzten dem Ganzen nun aber die Krone auf. Es müsse, so der SPD-Sprecher, endlich Schluss damit sein, dass durch falsch verstandene Solidarität versucht werde, wichtige Vorgänge nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Die SPD-Fraktion frage sich, warum sich so viele CDU-Fraktionsmitglieder für die persönlichen Interessen einiger weniger einspannen ließen.

General Anzeiger 04.08.2005